



Donnerstag, 11.04.2019

Ausgabe 02/2019

Banken-Rettung durch Verstaatlichung

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 7. März 2019 hat der EZB-Rat bei seiner Sitzung wie erwartet die Leitzinsen unverändert gelassen. Bei der anschließenden Pressekonferenz verkündete EZB-Präsident Draghi, dass der Leitzins in 2019 nicht angehoben wird, möglicherweise sogar noch länger auf der Nullgrenze verbleibt. Er verwies auf Indikatoren, die auf eine weitere Konjunkturabkühlung im Euroraum hindeuten. Der EZB-Rat hat zudem beschlossen, dass den Euro-Banken von September 2019 bis März 2021 eine Serie von neuen Krediten mit einer Laufzeit von jeweils zwei Jahren angeboten wird.

Die EZB hatte bereits in der Vergangenheit langlaufende Kredite an Banken in der Eurozone zu Kreditzinsen zwischen minus 0,4 Prozent bis 0 Prozent gewährt. Das bisherige Kreditvolumen beläuft sich etwa auf 740 Milliarden Euro. Mit derartigen Krediten ersetzt die EZB vor allem die Kapitalmarktfinanzierung der Banken.

Die EZB sorgt für künstlich niedrige Zinsen in der Eurozone

Wenn Euro-Banken sich langfristige Mittel beschaffen, um langfristige Kredite zu refinanzieren, können sie entweder Anleihen im Kapitalmarkt platzieren, oder sie erhalten die gewünschten Kredite direkt von der EZB - und zwar zu sehr günstigen Konditionen: Die EZB stellt einen Zins von null Prozent beziehungsweise minus 0,4 Prozent in Rechnung! Die EZB bestimmt dadurch nicht nur die Kurzfristzinsen, also die Zinsen auf Bankeinlagen und Kurzfristkredite, sondern zusehends auch die langfristigen Refinanzierungskosten der Euro-Banken. Verständlich, dass die Euro-Banken verstärkt von der Kapitalmarkt- zur EZB-Kreditfinanzierung wechseln.

Die EZB hat die Kurzfristzinsen auf, bzw. unter die Nullgrenze gedrückt. Gleichzeitig hat sie den Finanzmärkten signalisiert, dass der Leitzins auf absehbare Zeit nicht angehoben wird. Das allein sorgt schon für niedrige Kapitalmarktzinsen. Zudem erhebt sie einen Negativzins auf "Überschusseinlagen". Das sind die Guthaben der Euro-Banken bei der EZB.

Jede Bank versucht natürlich, der Bestrafung zu entkommen und die Überschussguthaben durch Kreditvergabe und Anleihekäufe zu vermeiden. Der Kauf von Staatsanleihen ist dabei für Banken besonders attraktiv, denn für Staatsanleihen müssen sie kein teures und knappes Eigenkapital vorhalten. Und wenn die Euro-Banken Staatsanleihen aufkaufen, steigen deren Kurse und ihre Renditen fallen.

Unter diesen Bedingungen kann es für Banken sogar vorteilhaft sein, Anleihen auch noch mit einer Rendite von minus 0,30 Prozent zu kaufen. Die Verluste sind dann immer noch geringer, als wenn

Überschussreserven bei der EZB zu minus 0,40 Prozent gehalten würden.

Die EZB hat am 7. März 2019 die Leitzinswende für 2019 endgültig abgesagt. Dadurch verschiebt sich die Zinswende auf unbestimmte Zeit. In Anbetracht bestehender Schuldenstände und geringem Wirtschaftswachstum, ist eine Zinserhöhung in der Eurozone erst nach einer Währungsreform wieder vorstellbar.

Das bedeutet: Anleger werden weiterhin Geld verlieren. Der Zins, den die Deutschen auf ihre 3,7 Billionen Euro Bankeinlagen erhalten, ist niedriger als die Teuerungsrate. Sparer erleiden somit auf ihr Geldvermögen eine negative Real-Rendite. Das Geldvermögen verliert an Kaufkraft.

Mit der Null- und Negativzins-Politik der EZB können die Banken der Eurozone kein profitables Geschäftsmodell betreiben, denn die Zinsmargen und Zinserträge schrumpfen.

Aktienkurse US- und Euro-Banken⁽¹⁾



Quelle: Thomson Financial; Berechnungen Degussa.
⁽¹⁾Januar 2006 = 100.

In der Zeit von Anfang 2006 bis Oktober 2018 sind die Kurse der Euro-Bankaktien um knapp 73 Prozent gefallen (blaue Linie), während die der US-Banken um 18 Prozent gestiegen sind.

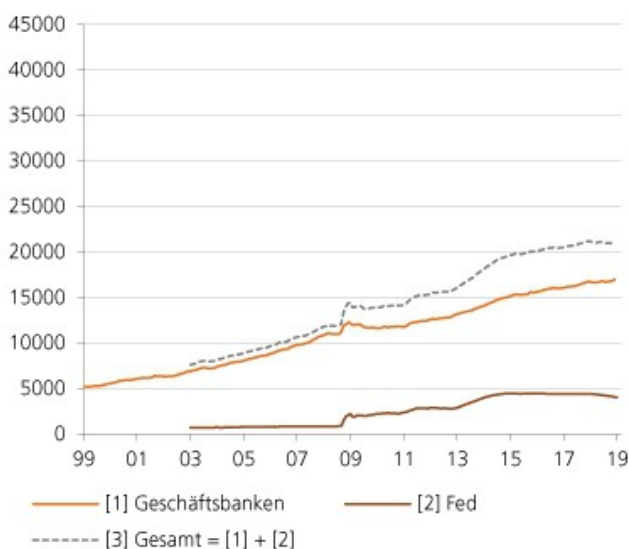
Euro-Bankaktien werden derzeit sehr niedrig bewertet. Sie sind sozusagen sehr billig. Das hat allerdings einen gewichtigen Grund:

Die Finanzmärkte rechnen mit erheblichen "stillen Lasten" in den Bankbilanzen, die die Gewinne der Banken erheblich reduzieren bzw. das Eigenkapital der Geldhäuser zum großen Teil vernichten könnten. Viele faule Kredite stehen in ihren Bilanzen.

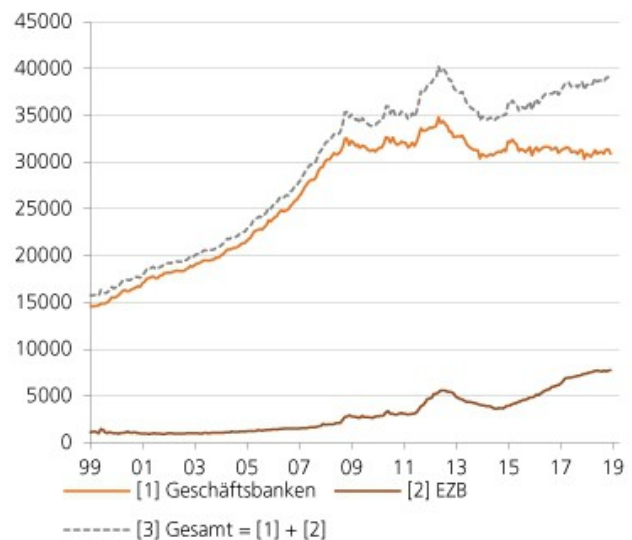
Der US-Konkurrenz geht es deutlich besser. Euro-Banken können nicht mehr mithalten.

Kumulierte Bilanzsummen der Banken:

(a) USA, Mrd. US-Dollar



(b) Euroraum, Mrd. Euro



Die kombinierte Bilanzsumme von Zentralbank und Geschäftsbanken hat in beiden Währungsräumen (links USA, rechts Eurozone) im abgebildeten Zeitraum zugenommen. Besonders eindrücklich ist im Euroraum zu erkennen, dass der Rückgang der Bilanzsumme der Geschäftsbanken durch eine EZB-Bilanzausweitung mehr als ausgeglichen wurde. Die Zentralbanken haben die Macht, das Schrumpfen der Bankbilanzen und damit der Kredit- und Geldmengen zu verhindern.

Die beiden Grafiken zeigen auch: Der Bankenapparat in der Eurozone ist überdimensional groß. Die gesamte Bilanzsumme der Eurozonen-Banken beläuft sich auf 292 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Euroraum. Dagegen erscheint der US-Bankenapparat sehr klein: Die gesamte Bilanzsumme aller US-Banken beläuft sich nur auf 82 Prozent des US-BIP.

Die Zentralbank und die jeweiligen Geschäftsbanken sollte man als eine Einheit betrachten, die eng zusammenwirken. Dabei hat die Notenbank ein planwirtschaftliches Monopol der Geldproduktion inne, in dem sie Zinssätze diktatorisch festsetzt und die Regeln der Kredit- und Geldmengen-Ausweitung bestimmt.

Das unablässige Ausweiten der Geldmenge durch Bankkreditvergabe sorgt für steigende Güterpreise und vermindert somit stetig die Kaufkraft des Geldes.

Im Euroraum sind die Auswüchse des ungedeckten Euro unübersehbar. Nach Jahren der exzessiven Kredit- und Geldmengenvermehrung, für die die EZB gesorgt hat, beläuft sich die Bilanz des Euro-Bankensektors derzeit auf ungefähr 31 Billionen Euro. Das ist ein Zuwachs von rund 120 Prozent innerhalb der letzten 20 Jahre. Ende 1998 lag die Summe noch bei 14,1 Billionen Euro. Die Güterproduktion ist im gleichen Zeitraum dagegen nur um 32 Prozent gestiegen.

Weil die Geldmenge in diesem Fiatgeld-System immer schneller wächst als die Wirtschaft, verliert das Geld im Laufe der Zeit an Kaufkraft.

War der Bankenapparat vor Ausbruch der Krise in 2008 bereits "zu groß", so ist er jetzt erst recht "zu groß", denn die Bilanzsumme der Zentralbank plus der kumulierten Bilanzsumme der Geschäftsbanken ist deutlich angestiegen, vor allem im Euroraum. Wohin wird das führen? Die EZB wird mit all ihrer Macht verhindern, dass die Bilanzsumme der Banken, und somit die Geldmenge abnimmt, weil das eine Rezession, vielleicht auch Depression und sogar auch das Euro-Ende bedeuten könnte.

Zur abnehmenden Geldmenge kommt es durch Kredit-Tilgung und Kredit-Ausfall. Diese Geldmengen-Reduzierungen müssen permanent durch Vergabe neuer Kredite mehr als ausgeglichen werden.

Daher wird die EZB den Bankenapparat weiterhin großzügig mit Kredit und Geld versorgen. In diese Richtung deuten auch die eingangs erwähnten EZB-Beschlüsse. Eine solche Politik der ständigen Geldmengen-Ausweitung schwächt die Kaufkraft des Euro. Dies ist von der EZB beabsichtigt, denn verschuldete Staaten und andere Marktteilnehmer sollen aus ihren Schulden herauswachsen können.

Banken-Rettung durch Verstaatlichung

Vielen Banken in der Eurozone droht die Verstaatlichung. Der Euro-Bankensektor hat für eine gewaltige Kredit- und Geldmengenexpansion gesorgt. Ein Teil der Kreditnehmer ist aber nicht in der Lage, seinen Schuldendienst vertragsgemäß erfüllen zu können. So haben Banken eine Vielzahl fauler Kredite in ihrer Bilanz stehen. Bei Zinserhöhungen durch die Notenbank würde sich dieses Problem verschärfen und der Anteil fauler Kredite nähme in den Bankbilanzen zu. Diese Situation macht es der EZB unmöglich, die Zinsen in den nächsten Jahren erhöhen zu können.

Wenn faule Kredite wertberichtigt werden, reduzieren diese Verluste nicht nur den Jahresgewinn einer Bank, sondern sie können auch einen Jahresverlust verursachen. Dieser reduziert dann das sowieso schon geringe Eigenkapital des betreffenden Kreditinstituts. Banken haben üblicherweise eine Eigen-

kapitalquote von sehr wenigen Prozent der Bilanzsumme. So kann in einer Krisensituation ein größerer Anteil von ausfallenden Krediten durchaus auch das komplette Eigenkapital einer Bank vernichten.

Selbst eine kleine Reduzierung des Eigenkapitals einer Bank hat schon große Auswirkungen auf ihre Möglichkeit, Kredite vergeben und somit Geld aus dem Nichts schöpfen zu dürfen.

Sollten Banken zu wenig Eigenkapital haben, weder ihre Eigentümer noch neue Investoren frisches Eigenkapital bereitstellen wollen, werden die Staaten und auch die EZB aktiv:

Die Staaten emittieren zum Beispiel Schuldscheine, die von der EZB gegen Ausgabe von neuem Geld gekauft werden. Im Klartext: Die EZB druckt neues Geld und gibt es den Staaten. Dafür erhält sie von diesen, Schuldscheine.

Das neue Geld wird von den Staaten als frisches Eigenkapital in die Banken eingezahlt. Dadurch werden die Staaten Eigentümer oder Mit-Eigentümer der betreffenden Bank. Die Altaktionäre - wenn ihr Unternehmensanteil nicht schon durch Verluste verloren gegangen ist - werden bis zur Unkenntlichkeit verwässert; die Banken sind dann enteignet und somit verstaatlicht oder teilverstaatlicht.

Das ist vor rund 10 Jahren bei der Commerzbank geschehen. Der Bund musste mit vielen Milliarden Euro einspringen, um die Commerzbank vor dem Untergang zu retten. Seitdem ist die Commerzbank teilverstaatlicht. Der Bund hält einen Anteil von etwa 15 Prozent und drängt seit Monaten die Vorstände der Deutschen Bank und der Commerzbank zu Fusionsgesprächen.

Mögliche Fusion zwischen der Deutschen Bank und Commerzbank

In den Jahren vor Ausbruch der Finanzkrise gehörte die Deutsche Bank zu den größten Kreditinstituten der Welt, auch die Commerzbank war damals ein Finanzkonzern von internationalem Rang. Doch seitdem sind die beiden führenden deutschen Banken tief gestürzt. Die Deutsche Bank hält sich – gemessen an der weiter schrumpfenden Bilanzsumme – noch auf Platz 15 der globalen Rangliste, die Commerzbank liegt auf Platz 45.

Aktienkurse Commerzbank und Deutsche Bank⁽¹⁾



Quelle: Thomson Financial; Berechnungen Degussa.

⁽¹⁾Januar 2006 = 100.

Die Aktienkurse beider Unternehmen signalisieren in ihrem Verlauf der letzten Jahre das Schlimmste. So sehen üblicherweise die Kursverläufe von Pleite-Kandidaten aus.

Noch gravierender: Beide Banken verdienen kaum Geld. Wenn sich das Wirtschaftswachstum spürbar abschwächt, drohen beide Banken sofort in eine ernste Krise zu rutschen.

Medienberichten zufolge, war der deutsche Finanzminister in den vergangenen Monaten die treibende Kraft bei der Anbahnung der Fusionsgespräche. Offiziell geht es Scholz angeblich um die Schaffung einer weltweit präsenten und konkurrenzfähigen deutschen Bank.



In Wahrheit dürfte ihn die Angst umtreiben. Eine weltweite Rezession könnte die skandal- und krisengeschüttelte Deutsche Bank so stark treffen, dass der Steuerzahler als Retter einspringen müsste. Dabei hatte die Politik vor zehn Jahren nach der Lehman-Pleite versprochen, nie wieder den Ausputzer für Zockerbanken zu spielen. Das wird sich aber kaum vermeiden lassen, da ja am System nichts verändert wurde.

Ihre vielen kostspieligen Skandale könnten die Deutsche Bank bei einer Rezession ins Wanken bringen. Scholz fürchtet offenbar eine Abwärtsspirale aus schwindendem Börsenwert, Verlust an Bonität und immer höheren Finanzierungskosten zur Beschaffung frischen Geldes.

Der Spiegel schrieb kürzlich: "Sollten sich Geschäftspartner abwenden und der Konzern nicht mehr an Liquidität herankommen, müsste der Bund die Bank auffangen".

Auf dem Papier hätte Deutschland nach einer Fusion zumindest wieder eine Bank von europäischem Spitzenrang. Mit rund zwei Billionen Euro Bilanzsumme wäre das fusionierte Institut die Nummer zwei in der Eurozone.

Insider rechnen damit, dass von den insgesamt etwas mehr als 130.000 Beschäftigten beider Institute mindestens 40.000 ihren Job verlieren werden. Und von den rund 2400 deutschen Filialen dürfte etwa die Hälfte schließen. Wenn Banker und Gewerkschafter derzeit miteinander verhandeln, ist von viel niedrigeren Zahlen die Rede. Das dicke Ende, verteilt über einige Jahre, wird indes noch kommen.

Geriete die neue Großbank etwa in einer Finanzkrise in Schieflage, könnte es für den Steuerzahler entsprechend teuer werden. Experten befürchten, dass das neue Institut instabiler wäre als die beiden Banken für sich genommen.

Die Möglichkeit einer Übernahme der Deutschen Bank durch eine andere Bank ist nicht sehr wahrscheinlich. Wer braucht schon eine Bank mit unzähligen anhängigen Verfahren und einem Derivatevolumen in Höhe von **48 Billionen Euro** - das ist das 14-fache des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von Deutschland, oder das **779-Fache des Eigenkapitals der Bank**.

Bei Derivaten handelt es sich um oftmals kompliziert verschachtelte „Wertpapiere“ mit nicht selten hohem spekulativen Charakter. Meist verbergen sich hinter diesen „Wertpapieren“ Schuldscheine und Kurswetten. Im Falle eines neuen Aufflammens der Finanzkrise, können diese Derivate rasch immense Probleme nach sich ziehen und schlussendlich das gesamte Finanzsystem in einem Domino-Effekt in Schieflage bringen. All dies haben wir bereits bei der Pleite der Lehman Bank in 2008 erlebt. Damals haben die Steuerzahler gerade noch einmal die "Kernschmelze" des Finanzsystems verhindert.

Wenn es bei der nächsten Krise wieder ordentlich kracht und Deutschlands größte Bank, an der der Steuerzahler dann bereits beteiligt sein dürfte, frisches Geld benötigt, wird im Zuge des alternativlosen „too big to fail“, der Steuerzahler wieder einspringen.

Vermutlich muss die Bank dann komplett verstaatlicht werden.

Fazit:

Die Zeche für Verluste der Banken zahlen in diesem Fiatgeld-System immer die Steuerzahler.

Der Zusammenschluss von Deutscher Bank und Commerzbank würde keines der Probleme der beiden Geldhäuser lösen, insbesondere nicht die fehlende Profitabilität.

Die Kaufkraft des Euro wird durch die Politik der Notenbank und durch die Mechanismen des Geldsystems ständig abnehmen.

Kaufkraft⁽¹⁾ Gold (in €) und Euro-Depositen⁽²⁾



Quelle: Thomson Financial; Berechnungen Degussa.

⁽¹⁾ Kaufkraft ermittelt auf Basis der Euro-Konsumgüterpreise.

⁽²⁾ Errechnet anhand des Euro-3-Monatszinses.

Serien sind indiziert (Januar 1999 = 100).

Eine sinnvolle Ausweichmöglichkeit, besteht im Halten von Edelmetallen.

Langfristig gesehen kann die Kaufkraft der Edelmetalle - anders als die Kaufkraft von Euro-Bankguthaben - nicht durch die Notenbank entwertet werden.

Beispielsweise hat die Kaufkraft des Goldes, in Euro gerechnet, seit dessen Einführung Anfang 1999 bis Februar 2019 um 207 % zugenommen, die der verzinslichen Euro-Bankguthaben nur um 2 % (vor Steuern).

Gold ist eine hervorragende Ersatzwährung, auf die man ausweichen kann. Noch interessanter ist jedoch Silber. Die Erfahrung zeigt: Wenn der Goldpreis kräftig steigt, geht es beim Silberpreis mit etwa der doppelten Geschwindigkeit nach oben. Aber auch Palladium und Platin sind sinnvolle Ergänzungen eines Edelmetall-Depots.

Alles über das [Rohstoffmanagement der SWM AG erfahren, hier klicken!](#)

Gutes Gelingen bei Ihren Entscheidungen
wünscht Ihnen

Ihr

Customer-Service der [SWM AG](#)

eMail: service@sev.li

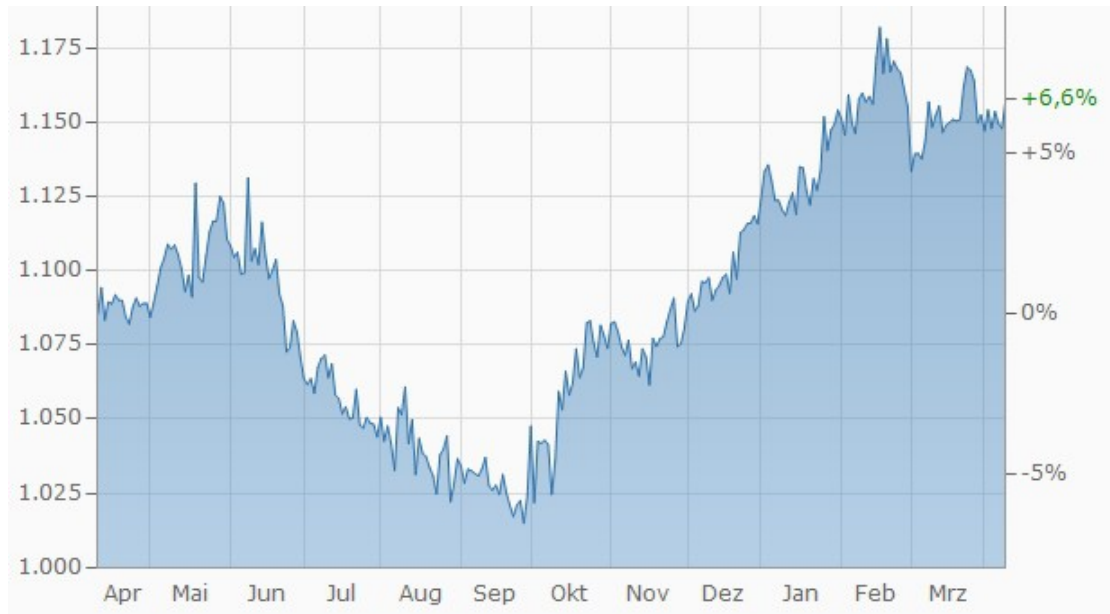
Tel: +423 - 2 300 182



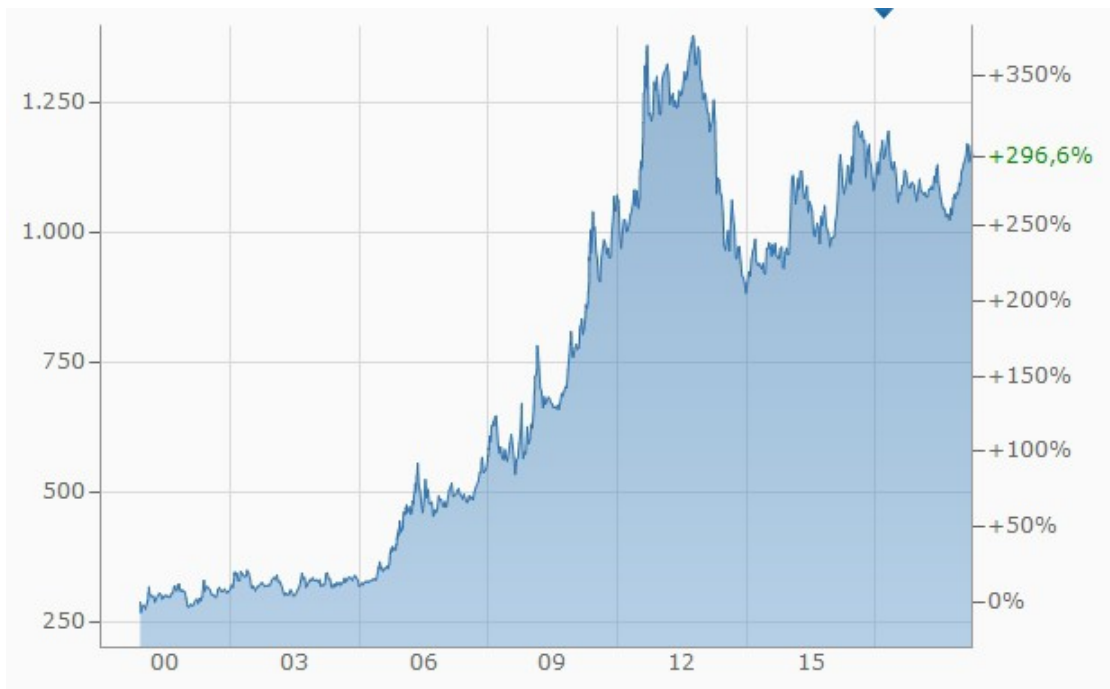
Nachfolgend ergänzende Informationen zu Edelmetallen:

Edelmetalle langfristig:

1 Unze Gold in Euro – letzte 12 Monate:



1 Unze Gold in Euro – letzte 20 Jahre:



Den Video-Kanal der SWM AG finden Sie [hier](#)

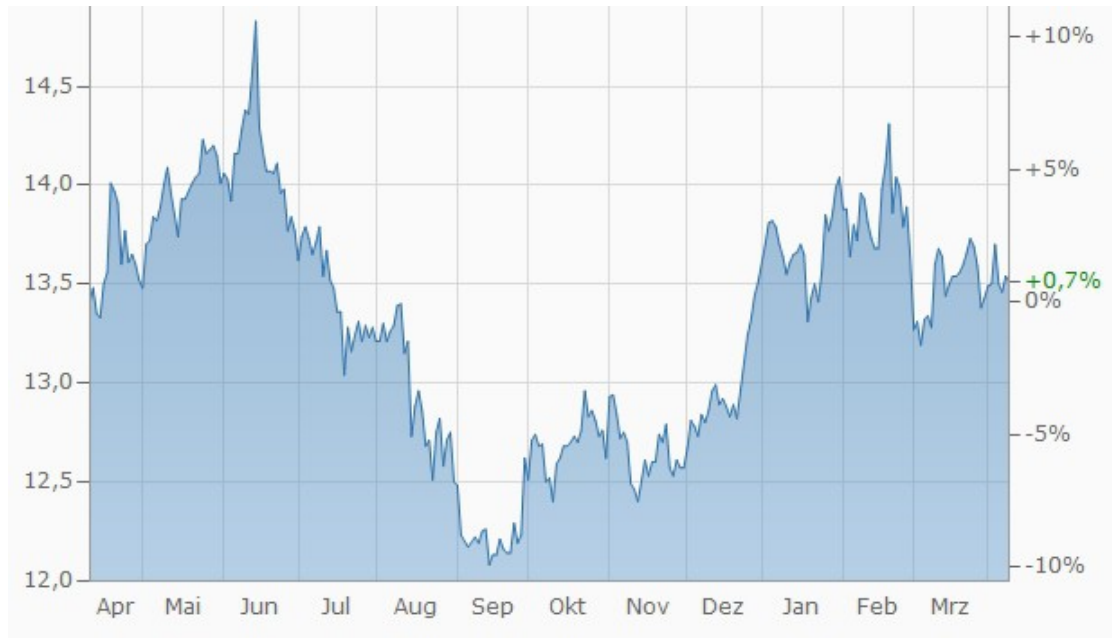
[SWMAG auf Twitter](#)

[SWMAG auf Youtube](#)

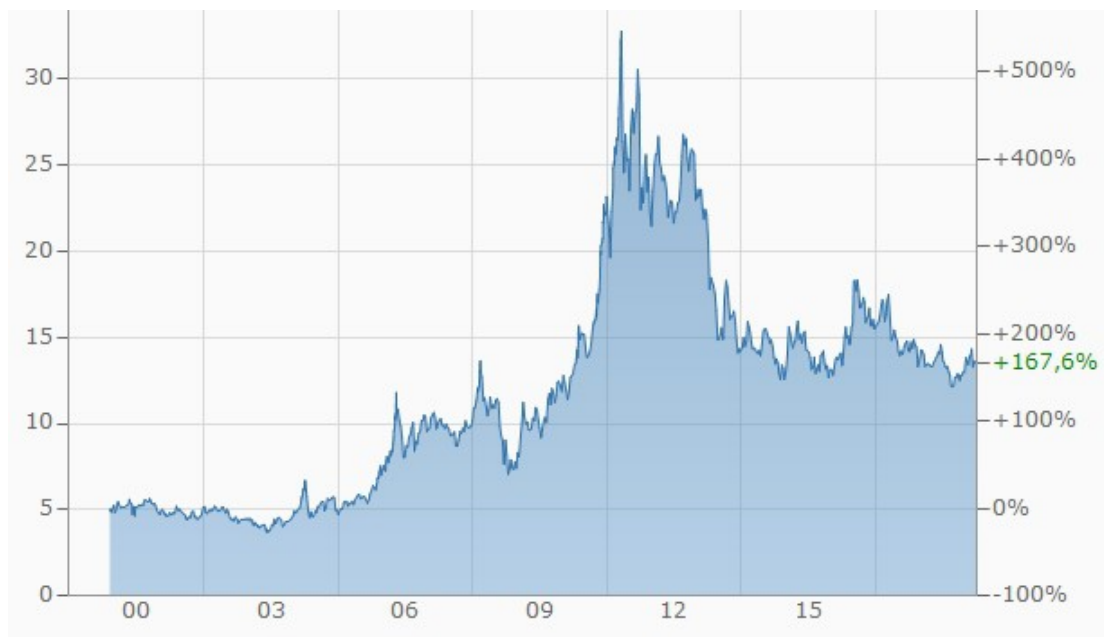
[SWMAG auf Google+](#)

Edelmetalle langfristig:

1 Unze Silber in Euro – letzte 12 Monate:



1 Unze Silber in Euro – letzte 20 Jahre:



Den Video-Kanal der SWM AG finden Sie [hier](#)

[SWM AG auf Twitter](#)

[SWM AG auf Youtube](#)

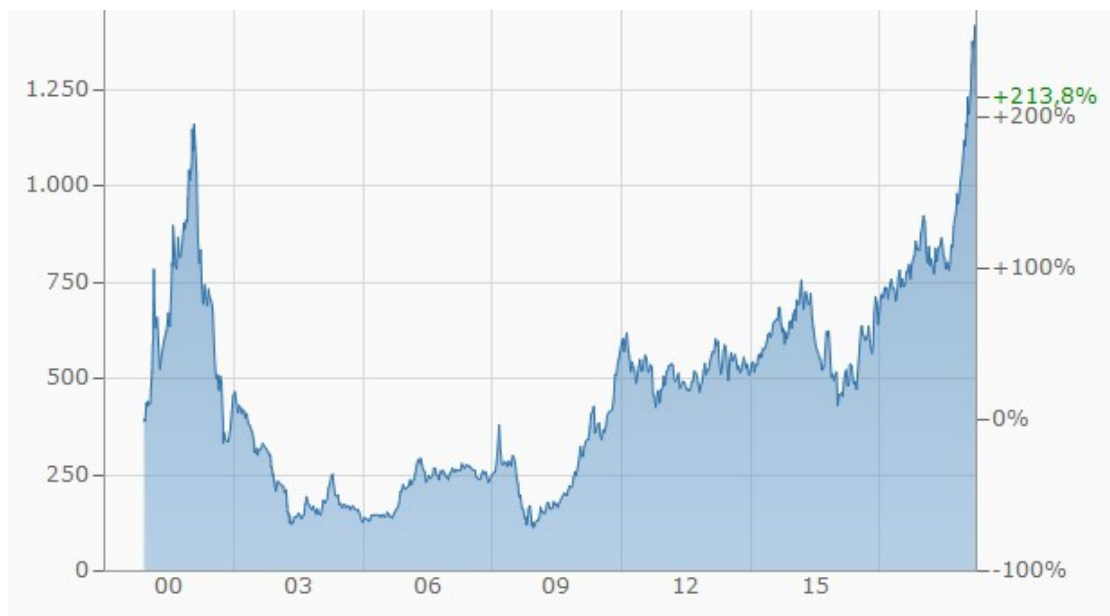
[SWM AG auf Google+](#)

Edelmetalle langfristig:

1 Unze Palladium in Euro – letzte 12 Monate:



1 Unze Palladium in Euro – letzte 20 Jahre:



Den Video-Kanal der SWM AG finden Sie [hier](#)

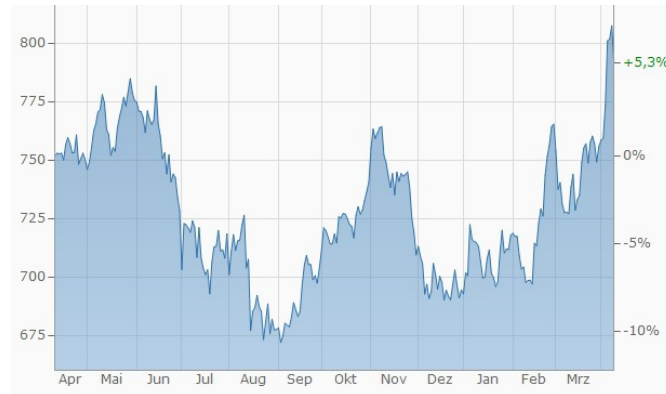
[SWMAG auf Twitter](#)

[SWMAG auf Youtube](#)

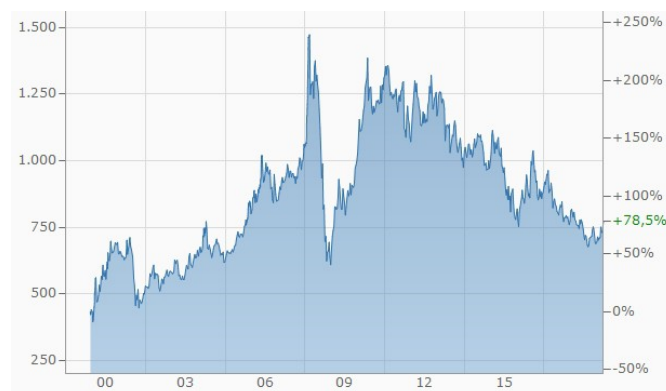
[SWMAG auf Google+](#)

Edelmetalle langfristig:

1 Unze Platin in Euro – letzte 12 Monate:



1 Unze Platin in Euro – letzte 20 Jahre:



**Das Newsletter-Archiv der SWM AG finden Sie [hier](#)
Tagesaktuelle Edelmetall-Preise gibt es [hier](#)**

Impressum:

SWM AG - Customer Service - Altenbach 1 - FL-9490 Vaduz

eMail: service@sev.li

Website: <http://www.sev.li>

Tel: +423 - 2 300 182



[SWM AG auf Twitter](#)

[SWM AG auf Youtube](#)

[SWM AG auf Google+](#)